

Durchdringungen

Die Einbettung des südlichen Sudan in das regionale und internationale politisch-ökonomische Setting gestaltet sich von jeher problematisch. Zudem verläuft sie selten zum allseitigen Vorteil. Auch stellt sich die legitime Frage, was eigentlich zu integrieren war. Vor der kolonialen Durchdringung geht es einzig um Raum, Lebensraum für Menschen, um politischen Raum ihrer Gemeinschaften, aber nicht um Raum, der weitergehender regionaler oder globaler Integration ausgesetzt war. Der südliche Sudan ist die klassische Leerstelle auf kolonialen Landkarten, ein Gebiet, dessen Ausdehnung sich einzig durch die angrenzenden Territorien erschließt. So ist der heutige Südsudan in seiner Diversität und Vielschichtigkeit eine Größe, deren territorialer Zusammenhalt überhaupt erst durch externe Interventionen ausgelöst worden ist. Einen intrinsischen Prozess der die Gemeinschaften übergreifenden Vergesellschaftung durchlebt das Land nicht, zumindest nicht in der Zeitphase vor der sudanesischen Unabhängigkeit.

Die im Folgenden dargestellten Durchdringungen hingegen sind nicht enden wollend. Sie konstituieren den Südsudan als politisches Feld. Ebenso konstituieren sie ein eigenes Feld der politischen Auseinandersetzung, eine Konfliktlandschaft. Aufbauend auf der in den vorangegangenen historischen Kapiteln dargelegten Geschichte der fragmentarischen politischen Institutionalisierung diskutiert dieses Kapitel die Konfliktlandschaft als eine Ansammlung verschiedenartiger Verflechtungen, die den Südsudan überhaupt erst als Südsudan zusammensetzen. Jede Einheit konstituiert sich als solche immer in Interaktion und partieller Abgrenzung mit einem Außen. Integration ohne gleichzeitigen Ausschluss kann es nicht geben.

Dennoch ist die südsudanesische Konstellation speziell. Der Widerstand gegen externe Durchdringung führt zunächst zu keiner staatlichen Integration. Es sind vielmehr erst diese Durchdringungen, die solche Prozesse initiieren, aktiv befördern und vorantreiben. Die erste der in diesem Ab-

schnitt dargestellten Durchdringungen, der Kolonialismus, bietet dafür ein eindrückliches Beispiel. Insbesondere in der Periode des Kondominiums unter faktischer britischer Herrschaft ist diese Phase der Beginn einer zum Teil von handfesten politischen Eigeninteressen motivierten Identitätsbildung, die die Konstruktion einer »afrikanischen« Identität betreibt und sie in antagonistischer Weise einer »arabischen« Identität entgegenstellt. Aus politischen Interessen. Die Konsequenzen dieses Unterfangens sind spätestens mit der sudanesischen Unabhängigkeit offenkundig. »By then, not only had the South consolidated a legacy of resistance to slavery, Arabization, and Islamization, but the separatist colonial policy and the influence of Christianity and elements of Western culture had reinforced a distinct Southern identity.« (Deng, 2006: 156)

Sowohl während als auch nach der Kolonialherrschaft sind weitere Durchdringungen im Gange, die ebenso zur Heranbildung eines rudimentär nationalen institutionellen Gefüges und einer, allerdings prekären, nationalen Identität beitragen. Der Menschenhandel, der bis weit in die sudanesishe Unabhängigkeit besonders im Westen einen wesentlichen Einfluss auf wechselseitige Wahrnehmungen und identitäre Prägungen hat, ist ein solches Beispiel. Auch die Frage der Wasserökonomie spielt eine solche Rolle. In einem südlich an die Sahara grenzenden Gebiet wirft Wasser unvermeidlich eine existenzielle Dimension auf. Eine weitere zentrale Komponente der Durchdringung ist das Element der internationalen Hilfe und des internationalen Engagements. Dieses Engagement manifestiert sich zunächst als humanitäre Nothilfe als Reaktion auf durch den Bürgerkrieg ausgelöste Hungersnöte. Doch diese Nothilfe entfaltet bald eine politische Dimension, die die beständig wachsende multidimensionale internationale Intervention weiter bestimmen wird. Deren Einfluss auf die Entwicklung der südsudanesischen Konfliktlandschaften ist kaum zu überschätzen.

Letztlich fragt das Kapitel nach den Auswirkungen all dieser Verflechtungen auf die Formierung von Fragmenten der südsudanesischen Staatlichkeit. Zwei argumentative Stränge kristallisieren sich als besonders relevant heraus. Einerseits die gerade angesprochene Binarisierung von Identität zwischen »afrikanischen« und »arabischen« Sudan:innen, die vom Kolonialregime angestoßen wird, vom unabhängigen Sudan dann aber phasenweise, gerade in Verbindung mit einer religiösen Agenda, überaus konsequent weiter bewirtschaftet wird (LeRiche und Arnold, 2013: 3).

Auf der anderen Seite führen all diese Verflechtungen zu einer strategischen Peripherisierung des Südsudan. Diese Peripherisierung ist nie

umfassend erfolgreich und durchschlagend, zu stark sind die Identitäten der unterschiedlichen in der Region lebenden Gemeinschaften, die sich später in prononciierter Ethnopolitik äußern werden. Die Auswirkungen sind jedoch widersprüchlich. Zwar bietet das selbstbewusste Auftreten verschiedener südsudanesischer Gemeinschaften eine überaus wirksame Abwehr gegenüber als fremd empfundenen Prozessen integrativer Institutionalisierung. Andererseits verhindert dieses Gemeinschaftsbewusstsein das Wirksamwerden der Vorteile gesellschaftlicher Funktionalität und nationalen Zusammenhalts. »The South was not only a war zone, it was a zone whose population had no political clout either nationally or internationally, and it was an ethics-free zone, where agents of the state could do what they liked with impunity.« (de Waal, 1997: 93)

Kolonialismus

Die koloniale Durchdringung des Südsudan ist ein bemerkenswert erfolgloses Unterfangen. Die auf brutaler Ausbeutung basierende Ökonomie der Turkiyya war über Tributpflichten nicht nur für die Menschen- und Elfenbeinjäger, sondern für das System als Ganzes profitabel. Das kann für das britisch dominierte Kolonialregime im Kondominium nicht angenommen werden. Die zuvor beschriebenen Versuche der Etablierung einer »Indirect Rule« über »Native Administration« sind so nicht zuletzt aus Kostenerwägungen zu verstehen. Investitionen tätigt die Kolonialmacht faktisch keine. Im Unterschied zu den südlichen Kolonien in Britisch-Ostafrika werden keine Eisenbahnen oder Straßen gebaut, keine Cash-Crop-Plantagen angelegt, keine umfassenden Schulprogramme gestartet.

Selbst die heutige Hauptstadt Juba wird nicht als Zentrum der britischen Kolonialverwaltung errichtet. Sie wird im Jahr 1922, etwa zehn Jahre nach dem Ende der belgischen Lado Enklave, die das heutige Stadtgebiet mit umfasst, von einer Gruppe griechischer Händler zur Versorgung einer nahegelegenen britischen Garnison angelegt. Trotzdem Juba in den 1930er-Jahren zum Zwischenlandeplatz für Flüge von Europa nach Kapstadt wird, hat die Stadt bis zur sudanesischen Unabhängigkeit nie mehr als 2.000 Einwohner:innen. Die zentralen Gebäude wie das Juba Hotel werden von Griechen betrieben.

Unbestreitbar ist die britische Kolonialverwaltung daran interessiert, eine gewisse Form von politischer Kontrolle zu etablieren. An eine mit Britisch-Ostafrika vergleichbare nachhaltige Entwicklung des Südens glauben sie aber

vermutlich nicht. Eine bewusste Abtrennung des Gebietes vom Sudan wird eher von ägyptischen Eliten und einem Teil der antikolonialen nordsudanesischen Eliten in den Raum gestellt, als dass sie der Realität entsprechen. Es lässt sich, mit Ausnahme eines einzigen Memorandums des britischen Foreign Office, kein faktischer Beleg für diese These finden (Woodward, 1980: 181).

Im Unterschied zu allen Nachbarländern bleiben im Südsudan praktisch keine kolonialen Artefakte zurück. Es gibt ein paar Gebäude der griechischen Händler-Community in Hai Jallaba, dem alten Stadtzentrum von Juba, ein Monument in der Mitte des Juba Roundabout, den 1929 angelegten Juba Airport, einer der fixierten Landeplätze auf der Flugroute von Europa nach Kapstadt, und das damit untrennbar verbundene Juba Hotel. Mehr bleibt nicht. Das Juba Hotel wird im Jahr 2010 weitgehend abgerissen, nur ein vergilbtes Straßenschild und einige zerfallene Bungalows verbleiben. Es sollte einem neuen Hotelprojekt Platz machen, dessen Bau allerdings nie begonnen wurde.

Dennoch ist der koloniale Einfluss substanziell und prägend. Was zurückbleibt, sind spezifische Diskurse und Vorstellungswelten, die ohne diese Periode nicht denkbar gewesen wären: die Idee einer einheitlichen Geschichte, die Erzählung von Rückständigkeit und Schutzbedürftigkeit, und, damit eng verknüpft, das Narrativ eines arabisch-afrikanischen Gegensatzes.

Selbstverständlich gibt es Herrschaft und politische Auseinandersetzungen in dem Gebiet des heutigen Südsudan auch vor dem Kolonialismus. Es gibt damit Geschichte, wie sie im modernen Sinn verstanden wird. Jedoch sind diese Gemeinschaften divers, umgebungsabhängig institutionalisiert und auf eine territoriale und soziale Unmittelbarkeit beschränkt. Der Tönniessche Sprung von Gemeinschaft zu Gesellschaft, der von den Kolonialherren implizit als der zentrale Zivilisationsschritt vorausgesetzt wird, findet nicht statt. Damit verankert die koloniale Herrschaft zwangsläufig einen Diskurs, der die Geschichte des Südsudan als einen Prozess der Rückständigkeit konstruiert. »[I]n the Southern Sudan there are no large towns, no politicians, no newspapers. To the world at large these people do not exist.« (Duncan, 1952: 5)

Überhaupt ist eine Geschichtserzählung des Südsudan ein gewagtes Unterfangen, worauf schon Mahmood Mamdani (2010: 76) hingewiesen hat: »The contemporary history of Sudan – at least its dominant version – was written in the colonial period«. Denn das Problem der Nichtvergesellschaftung ist keines der Rückständigkeit, selbst wenn es die Kolonialverwaltung so verste-

hen will. Es ist ein schlichtes Desinteresse der in dem Gebiet ansässigen Gemeinschaften, insbesondere der pastoralen. Diese können mit der Idee eines übergeordneten Staatswesens nicht etwa nichts anfangen, vielmehr bekämpfen sie es mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Sowohl die Turkiyya als auch das Kondominium werden Zeit ihrer Herrschaft bewaffnet herausgefordert. Die überaus blutige britische Befriedungspolitik im Süden nach Übernahme der Kolonialherrschaft im Jahr 1899 dauert gut zwei Jahrzehnte. Die zahlreichen bewaffneten Kampagnen können schlussendlich den systematischen militanten Widerstand der in der Region lebenden Gemeinschaften brechen, für eine Annahme des Kolonialregimes sorgen sie jedoch nicht. Die Verankerung eines diversen, aber dennoch landesweit bestehenden Systems aus Chiefs ist die vielleicht nachhaltigste vereinheitlichende politische Institutionalisierung, die der Kolonialverwaltung gelingt.

Die Erzählung von Rückständigkeit und besonderer Schutzbedürftigkeit ist eine direkte Konsequenz aus einer anthropologischen Teleologie, die aus einem neomodernen Gesellschaftsparadigma heraus gemeinschaftsorientierte Lebensformen nur gering schätzen kann. Die Konstruktion der »Araber« als überlegene Rasse im Norden erklärt sich aus einer solchen eigentümlichen Form falsch verstandener sozialanthropologischer Empathie. Mamdani (2010: 79) fasst die zugrundeliegende Erzählung prägnant zusammen: »Although the negroes are the more numerous, the Arabs exceed in power. The bravery of the aboriginals is outweighed by the intelligence of the invaders and their superior force of character«.

Die Verankerung des binären »Afrikaner« versus »Araber«-Diskurses wird durch geostrategische Interessenlagen begünstigt, insbesondere durch die Möglichkeit, den Südsudan als Verhandlungsgegenstand zwischen Ägypten und dem Sudan einzusetzen. Dafür war die Konstruktion einer eigenständigen Identität vorteilhaft. Sie lässt sich bis heute in der Eigenbezeichnung der Südsudanesischen:innen als »Junubin« wiederfinden. Diese Eigenbezeichnung, die »Südlichen« in Juba Arabisch, ist auf das Narrativ einer antagonistischen Identitätsentwicklung entlang des Nord-Süd-Gegensatzes zurückführen. Doch entwickelte sich diese Polarisierung fast schon beiläufig und wenig strategisch. Als Ankerpunkt fungiert die Southern Policy, mit der die britische Kolonialverwaltung die Durchdringungsversuche arabischer Stämme, aber auch von Händlern und Verwaltungsbeamten aus dem Norden unterbinden will. Zeitweise nimmt diese Politik scharfe praktische Formen an, mit

physischen Grenzsicherungen und der mit harten Mitteln durchgesetzten Verhinderung jeder Migrationsbewegung.

Das ist nicht als eine gezielte Abtrennung misszuverstehen. Zu keinem Zeitpunkt gilt die Southern Policy für alle südlichen Distrikte gleichermaßen. Sie beschränkt sich auf den Westen, wo die Bevölkerung aufgrund der mannigfaltigen Bewegungen aus dem nördlich angrenzenden Dar Fur, die von Sklavenjagden über Kleinhandel bis zu pastoralen Migrationsbewegungen reichen, als besonders schutzwürdig angesehen wird. Im Osten werden derartige Prozesse nur eingeschränkt problematisiert, die Auswirkungen auf Equatoria sind ohnehin kaum spürbar. Zu keinem Zeitpunkt wird die Southern Policy mit positiven Maßnahmen ergänzt. Das Verbot der Verwendung der arabischen Sprache in der Kolonialverwaltung wird etwa nicht durch eine Forcierung von Englisch im Sprachunterricht untermauert. Stattdessen erfolgt nichts, keine praktischen Schritte, die darauf abgezielt hätten, im Sinne der entwicklungspolitischen Selbstermächtigung der Kolonialisten den Süden in seiner physischen und sozialen Infrastruktur zu emanzipieren.

Dies ist nicht zuletzt auf die Widersprüche innerhalb der britischen Kolonialbeamten zurückzuführen. Auf der einen Seite stehen Pragmatiker, die letzten Endes an dem für das Vereinigte Königreich geopolitisch vorteilhaftesten Resultat interessiert sind. Ihnen gegenüber stehen jene, die sich die Interessen des Südens zu eigen machen und sich einem Ausverkauf seiner Interessen an den Norden am Altar einer regionalen Machtpolitik entgegenstellen wollen (Daly, 1990: 237-238). Letztere Gattung, die alsbald den Spitznamen »bog barons« bekommt (Martell, 2018: 39), finden sich vor allem in Greater Bahr el-Ghazal, einer Region, als deren »white man's nick-name« sich »the Bog« (Wyndham, 1937: 12) eingebürgert hatte.

Letzten Endes war die Herrschaft des Kondominiums ein unentschlüsselter Kolonialismus, der nie entscheidend gestaltend eingriff, zugleich aber die Region durch seine oftmals aus taktischem Kalkül heraus gestalteten und internen Debatten geschuldeten Verhaltensweisen prägte. Es ist eine traurige Ironie, dass für die meisten Südsudanese:innen die Konsequenzen dieses unentschlüsselten Kolonialismus erst in der postkolonialen Periode der sudanesischen Unabhängigkeit spürbar werden: durch die Institutionalisierung der kolonialistischen Diskurse der Rückständigkeit, Schutzbedürftigkeit und Unterlegenheit gegenüber dem »arabischen« Norden wie auch durch die herausfordernde infrastrukturelle Situation, bedingt durch die abgerissene und weitgehend gescheiterte Integration als Peripherie. Eine der eindrucksvollsten Diskrepanzen des unabhängigen Sudan ist, dass seine fruchtbarsten und

reichsten Regionen zu den nach modernen Maßstäben am wenigsten entwickelten gehören (Johnson, 2016a: 16).

Sklaverei

Der kompromisslos gewalttätige Charakter von peripherer Integration manifestiert sich in kaum einer Weise ungeschminkter als in der Praxis der Sklaverei, der brutalen Überführung von Menschen in blanke Ware. Sicherlich hat Sklaverei und ihre besondere Geografie im heutigen Südsudan zu einer Verstärkung der identitätspolitischen Polarisierung zwischen »arabisch« – den Menschenjägern – und »afrikanisch« – den gejagten Menschen – beigetragen.

Sklaverei ist kein einfach zu durchdringendes Phänomen. Die Entführung von Menschen und deren Eingliederung in die Gemeinschaftsstrukturen der Entführenden ist eine in unterschiedlichen Teilen der Menschheitsgeschichte feststellbare Praxis. Diese Praxis findet zumeist erst mit ideologisch argumentierten Prozessen der Vergesellschaftung ihr praktisches Ende, da diese für gewöhnlich mit einer Wandlung ethischer Grunddispositionen einhergehen. Lange Zeit werden solche Phänomene gar nicht als Sklaverei verhandelt. In einigen Teilen der Welt werden sie das bis heute nicht.

Auch südsudanesische Spitzenpolitiker haben an verschiedener Stelle die Entführung von Menschen und deren Eingliederung in andere Gemeinschaftsstrukturen explizit nicht als Sklaverei bezeichnet. Ein solches Beispiel sind Einlassungen von Präsident Salva Kiir zu den Kindesentführungen durch Murle-Gruppen, die er ausdrücklich nicht als Versklavung verstehen will. Es ist nicht zuletzt die Kombination dieser beiden Formen der Sklaverei, die Entwicklungsökonom:innen dazu veranlasst hat festzuhalten, dass der Hauptanteil der Sklaverei nicht zwischen Sub-Sahara Afrika und anderen Teilen der Welt, sondern innerhalb Afrikas selbst stattfand. Deswegen hätte die postulierte Beendigung des interkontinentalen und intrakontinentalen Sklavenhandels durch den britischen Kolonialismus nur eingeschränkte Wirkung gezeitigt (Acemoglu und Robinson, 2012: 256).

Ohne vertiefend in eine Diskussion der ethischen Problematik solcher Einschätzungen einzutauchen, gibt es in Hinblick auf die Perzeption und die performative Gewalt von Sklaverei dennoch einen Unterschied zwischen einer Versklavung zur sozialen Eingliederung und einer Versklavung zur fiskalischen In-Wert-Setzung von Menschen, dem systemisch kommerzialisier-